

Geheimt täglich
nachmitt. mit Ausnahme
der Sonn- und Feiertage.

Abonnementspreis
monatlich 40 Pf.
vierteljährlich 1.20 Mk.
jährlich frei ins Haus.
Nach dem Postamt
1.00 Mk. zahl. wofürgeh.

Die „Reue Welt“
(Matschingschloß)
durch die Post nicht bestellbar, kostet monatlich 10 Pf.
vierteljährlich 30 Pf.

Telephon Nr. 1047.
Telegramm-Adresse:
Weltblatt Halle/Saale.

WELT

Sozialdemokratisches Organ

Inserionsgebühr
Beträgt für die Kapitalisten
preislos oder deren Raum
10 Pf. für die Arbeiter.
partei- u. Gemeindefunktionäre
(Anmeldung-Beleg 10 Pf.)
den redaktionellen Satz
kann die Seite 75 Pf. sein.

Zinssatz
für die 1000 Nummern
müssen (Geldsätze bis vor-
mittags) 100 Pf. für den
Kapitalisten aufgezinst
sein.

Empfänger in die
Postzeitungs-Liste
unter Nr. 7558

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld,
Baumburg-Weißenfels-Beitz, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda und die Mansfelder Kreise.

Redaktion: Geisstr. 21, Bot 2 Cr

Expedition Geisstr. 21, Bot part. r.

Tagesgeschichte.

Halle a. S., 25. Januar 1901.

Der Reichstag.
Vor gestern einmal ausnahmsweise das, was das preussische Abgeordnetenhaus während eines großen Teiles der Sitzungen gewöhnlichmäßig zu sein pflegt: der Schluß einer heftigen Plenardebate. Es handelte sich um die Richtbeförderung von Briefen u. s. w. mit polnischer Aufschrift. Gegen dieses Verlangen wandte sich eine Interpellation der Polenfraktion, die der Abg. v. Giebocki begründete. Der Staatssekretär des Reichspostamts, der Justizgeneral und konservative Abgeordnete v. Podbielski, antwortete von oben herab, wie er das zu thun pflegt; immerhin trat er den polnischen Adelleuten etwas höflicher entgegen, als es sozialdemokratischen Abgeordneten gegenüber seine läbliche Geplogenheit ist. Der Demokrat Hausmann, der Freiwiliger Dr. Müller-Sagan, der Zentrumsmann Hörsing, der Pole v. Giebocki u. s. w. rühten bei der Besprechung der Interpellation den Staatssekretär energisch auf den Leib, während der Nationalliberale Dr. Karl Sattler sich in chauvinistischen Redensarten und der sozialdemokratische Schreypp sich gar in Beschimpfungen der Polen erging. Von sozialdemokratischer Seite sprach Genosse Kunert, welcher überlegend nachwies, daß die gerichteten Wegregeln nur ein Glied in der Kette der systematischen Unterdrückungen mittelbarer Volksteile sind; während seiner Rede vollführte die Rechte einen Hüllentanz, diemell der amts-milde, aber zur Zeit noch amtierende Vizepräsident v. Frege, der gerade den Vorsitz führte, in seiner gewöhnlichen ungeschickten Weise eingreifen suchte. — Zu recht vorgereizter Stunde wandte sich Johnson das Wort der Beratung der Beschlüsse über die Besetzung der vier Reichsbahnen der Glinatfraktion zu. Der konservative Graf Stolberg fragte in recht eleganten Tönen darüber, daß die Glinatfraktion zu wenig Gelegenheit gefunden, Vorbeeren um ihre Schläfen zu wunden. Daussen-werter war seine leidlich energische Anregung, bei der Gelegen-heit endlich einmal auch den Ansprüchen der Inbaliden aus den früheren Feldzügen Gehör zu leisten. Der Reichsanwalt Graf Bülow, der kurz zuvor den Saal betreten, antwortete, daß dieser Wunsch erfüllt werden sollte und eine Ver-lage über diesen Gegenstand noch im Laufe dieser Session dem Hause zugehen werde. Darob natürlich großer Jubel — Heute soll die Glinatfraktion-Hinterbliebenen-Versorgungs-Vorlage — man verzehle das Wortungemitt — weiter beraten und dann wieder das 12 000 Mark-Reichsamt vorgekommen werden.

Das preussische Abgeordnetenhaus

erledigte gestern eine reichhaltige Tagesordnung. Nachdem ein Gesetzentwurf betr. die Ergänzung der gelehrlichen Vorschriften über die Errichtung von Pflanzschulen in erster und zweiter Be-ratung debattiert worden war, wurde die Diskussion über die Interpellation Junk-Sänger wegen des Dienbacher Eisen-bahnunglücks fortgesetzt. Der nationalliberale Macco war der

erste Redner, er machte der Eisenbahnverwaltung den gewiß schmer wiegenden Vorwurf, daß sie mit der Entwicklung der Technik nicht Schritt halte, und erwies diese Behauptung an einer ganzen Anzahl von Beispielen. Dann nahm Herr von Thielen das Wort. Er hatte eine heftige Entgegnung auf die Rede des demokratischen Abg. Sänger vorbereitet, suchte dabei aber durch Schnelligkeit des Tons und Auftretens den Mangel guter Gegen Gründe zu verdecken. Damit die Entge-gung größeren Eindruck mache, aing in der Wiederbege durch die Briefe nicht zu kurz komme, ging der Minister nach dem Vorbilde des Herrn v. Macco auf die Rednertribüne und sprach von dort mit erhöhter Stimme zu den Volksvertretern herüber. Der Eisenbahnminister war, wie gesagt, ganz preussische Schnelligkeit geworden, er sprach die heftigsten Ausdrücke, — bildlich war noch er der weniger kräftigen — und meinte, Herr Sänger habe im Tone der „sozialdemo-kra-tischen Hetzerei“ gesprochen. Die Art des ministeriellen Auftretens gab so einen Begriff von dem Ton, wie er in der Verwaltung selbst gäug und gäbe sein dürfte. Die armen Unterbeamten sind zu bedauern, wenn ihre Verzeigten sich an ihrem ersten Chef ein Beispiel nehmen und die Art des Ministerverfehles mit oppositionellen Abgeordneten auf den Um-gang mit ihren Untergebenen übertragen.

Herr v. Thielen aber wußte, welcher Art die Volksvertretung ist, mit der er so polemisieren zu dürfen glaubte. Er erreichte es, daß ihn die Redner von der Rechten, den Nationallibe-ralen und dem Zentrum für seine nicht möglich anstehen, und daß die Interpellation eigentlich wie das Hornberger Schießen ausgegangen ist. Herr Daub, ein Mitglied der nationallibe-ralen Partei, der selbst Subkommissar ist, brachte es sogar fertig, als freiwilliger Regierungskommissar aufzutreten und ein begieriges Loblied auf die preussische Eisenbahnverwaltung zu singen. Nach Herrn Daub geschähen in der heftigen Kam-mer gegen den preussischen Bahnhofsbesitzer gerichteten Angriffe zu dem Unerbötlichen, was je vorgekommen ist. Nach Hrn. Daub können die Heffen über den einbahnähnlichen Segen, der mit der preussisch- heftigen Eisenbahntariffentwerfung auf das Heffensland herniedergegangen ist, nur Dantebate an Herrn v. Thielen sammeln. Herr Sänger war verhindert, in der Sitzung an- wesend zu sein, Herr Jann erklärte, daß sein Freund bei nächster Gelegenheit auf die heutigen Angriffe des Ministers zurückkommen werde. Beim Eisenbahntarif wird sich die Ge-legenheit bald finden. Bemerkenswert ist noch, daß Herr Jritzen vom Zentrum die Gelegenheit benutzte, Herrn Thielen aufzufordern, auf die elektrischen Straßenbahnen mehr acht zu haben und sein Aufsichtsgesetz streng auszuüben, da noch mehr Menschen von diesen Straßenunglücken todsicheren sind.

Nach der Eisenbahndebate kam es auf Grund eines An-trages des Abg. von Korn zu einer Kohlennotdebatte. Die Debatte ähnelte der vor kurzem im Reichstag gehaltenen, nur traten die Konversationsen, namentlich der Antragsteller, energischer gegen die Regierung, speziell den Handelsminister Breisfeld auf und dieser schlug deshalb im Gegenzug zu seiner Reichstags-rede gegen die Großhändler einen stärkeren Ton an. Es nahm sich nunmehr aus, daß der preussische Handelsminister den Großhändler mit Kohlen für ein notwendiges Uebel erklärte,

aber so unredlich hatte er diesmal nicht. Freilich merkte man auch seiner heutigen Rede an, daß er ernstlich nicht zur Umbe-ring der Kohlennot thun will, im besonderen nicht daran denkt, auf den fiskalischen Grubenmit-Beiseherhebungsdarzugeln und den Großhandel möglichst aufzuküpfeln. Er was optimistisch erwidern um die Rede des freiwillichen Abg. Gothein, der den Großhandel in Schutz nahm, die Kohlennot als vor-übergehend und eigentlich schon vorübergegangen bezeichnete und als Ursache die großen übertriebenen Nachfragestellungen, die gar nicht dem Bedarf entsprechen, hinstellte. Das von konterrativer und ultramontaner Seite befürchtete reichlich-weltfällige Kohlen-lieferung wurde von dem nationalliberalen Abgeordneten v. v. Gerner, worin derselbe ein höchst feines Auge hat, nicht nach in einer Kommission weiter diskutiert werden. Die Debatte soll heute, wenn der Geschäftstag erledigt ist, weiter gehen.

Der rettende Engel. Im Gewerkevereinstoten, dem Organ der „fonderenden“ Gewerkevereiner in Düsseldorf, die sich be-kanntlich gegen den allmächtigen Zentralrat der Christ-Dunker-schen Gewerkevereine aufgestellt haben, lesen wir in einer Aus-änderung der mit dem offiziellen Gewerkeverein folgenden beten-deren Beitrag zur Entstehungsgeschichte der Straßenbahnbeit-rede des Abgeordneten Dr. Dirich:

„In seiner Verteidigungsrede gegenüber den Düsseldorf-er-Gesellen, die Herr Redakteur Goldschmidt in Düsseldorf gehalten hat, führte derselbe ein höchst feines Auge hat, nicht nach in einer Kommission weiter diskutiert werden. Die Debatte soll heute, wenn der Geschäftstag erledigt ist, weiter gehen.“

„In seiner Verteidigungsrede gegenüber den Düsseldorf-er-Gesellen, die Herr Redakteur Goldschmidt in Düsseldorf gehalten hat, führte derselbe ein höchst feines Auge hat, nicht nach in einer Kommission weiter diskutiert werden. Die Debatte soll heute, wenn der Geschäftstag erledigt ist, weiter gehen.“

„In seiner Verteidigungsrede gegenüber den Düsseldorf-er-Gesellen, die Herr Redakteur Goldschmidt in Düsseldorf gehalten hat, führte derselbe ein höchst feines Auge hat, nicht nach in einer Kommission weiter diskutiert werden. Die Debatte soll heute, wenn der Geschäftstag erledigt ist, weiter gehen.“

Auferstehung.

Von Graf Leo R. Tolstoj.

Deutsch von Wilh. Thal.

[Nachdr. verb.]

„Daran ist nichts Entschuldigendes“, erklärte Nowodmoff, der an Kriljoff's Bett herangekommen war. „Die Maffen sind stets groß und ungebildet und haben nur vor der Macht Respekt.“
„Ihr er mit seiner stangenvollen Stimme fort. Die Macht aber hat heute die Regierung in Händen; darum verpfeihen diese Leute die Regierung und beschuldigen uns. Wenn wir morgen die Macht ergreifen, so werden sie uns respektieren.“
„In demselben Augenblicke hörte man in dem Nebenzimmer, wie gegen die Wand geschlagen wurde, man vernahm Kettengerassel, Schreie und Geheul. Man schlug jemand, der um Hilfe rief.“
„Hören Sie diese wilden Bestien?“ Welche Beziehung soll wohl zwischen ihnen und uns existieren?“ fragte Nowodmoff in ruhigem Tone.
„Wilde Bestien, sagt Du? — Höre nur, was wir Nechudloff eben von einem dieser Menschen erzählt hat.“
Und nun wiederholte Kriljoff in erregtem Tone die Worte Nechudloffs und beridete, wie der Entfallung Wafar sein Leben aufs Spiel gesetzt, um einen seiner Befürderten zu retten.
„A! das das Wert einer wilden Bestie?“ fragte er.
„Sentimentalität!“ entgegnete Nowodmoff mit seinem trübsinnigen Lächeln. — „Als wenn wir die Gedanken dieser Leute und die Motive ihrer Handlungen begreifen könnten! Was Du für Heroismus hältst, ist vielleicht ganz einfach das gegen einen anderen Entfallung.“
„Und Du, Du willst mir etwas Gutes bei anderen sehen.“ rief Marie Pawlowna, die alle ihre Befürderten daste.
„Warum sollte ich denn etwas sehen, was nicht vorhanden ist?“
„Wie kann man einem Menschen die Benutzung verweigern, der sich freiwillig einem gräßlichen Tode anstelt?“
„Ich bin der Meinung“, erklärte Nowodmoff in trockenem

Tone, „wenn wir unser Wert vollbringen wollen, so muß die erste Bedingung die sein, daß wir nicht träumen und die Dinge stets so ansehen, wie sie sind.“
„Wafar schloß das Buch, das er bei der Lampe las, trat ebenfalls näher und hörte eifrig alle Worte des Mannes mit an, den er sich zum Meister und Vorbild genommen hatte.“
Nowodmoff aber fuhr in feierlichem und entschlossenem Tone, als wenn er einen Vortrag hielt, fort: „Unsere Pflicht besteht darin, alles für das Volk zu thun, aber nichts von ihm zu erwarten. Das Volk muß der Gegenstand unserer Bemühungen sein, das es darf nicht mit uns mitarbeiten, wenigstens nicht so lange es in seinem augenblicklichen Zustande be-funden ist.“
„Was für eine Entschuldigung?“ fragte Kriljoff, sich von seinem Lager erhebend. „Wir behaupten immer, wir kämpfen gegen das Despotismus; doch ist eine solche Handlungweise nicht ein ebenso empfindendes Despotismus wie der, den wir vernichten wollen?“
„Wo siehst Du denn das Despotismus?“ verlegte Nowodmoff mit beriehlen Mühe. „Ich sage nur, daß ich den Weg kenne, den das Volk zu seiner Entwickelung verfolgen muß, und daß ich ihm diesen Weg zeigen kann.“
„Aber wer erlaubt Dir denn zu behaupten, daß dieser Weg, den Du ihm zeigst, der gute ist?“ Hat man nicht im Namen derselben Prinzipien die Transition eingeführt? Hat nicht im Namen derselben Prinzipien die französische Revolution ihre Verbrechen begangen? Auch sie glaubte, in der Wissenschaft den einzigen Weg gefunden zu haben, den man folgen mußte.“
Die Thatsache, daß andere sich getäuht, beweist noch nicht, daß ich mich auch täuschen muß. Und dann darf man keine Analogie aufstellen zwischen den Abwegen der Abrologgen und den positiven Grundlagen der volksmännlichen Wissenschaft.“
Die harte Stimme Nowodmoff's dröhrend durch den Saal. Niemand wagte, ihm zu unterbrechen.
„Weßhalb sankst Du auch immer?“ fragte Marie Pawlowna, als er ausgeprochen hatte.
„Und wie ist Ihre Ansicht darüber?“ fragte Nechudloff das junge Mädchen.

„Ich bin der Ansicht, Anatole hat recht, und wir haben nicht die Berechtigung, unsere Ideen dem Volk aufzudrängen.“
„Das ist eine merkwürdige Art und Weise, unsere Rolle auf-zuschauen“, so. Nowodmoff, zündete sich eine Zigarette an und entfernte sich mit ängstlicher Miene.
„Es geht über meine Kräfte, ich kann nicht mit ihm sprechen, ohne außer mir zu geraten.“ flüsterte Nechudloff. Die sich unter Ohr, und Nechudloff konnte sich des Gedankens nicht erwehren, daß auch er dasselbe Gefühl empfand.

Zwölftes Kapitel.

Trotz der Hochachtung, die alle seine Befürderten für Nowodmoff hatten, trotz seines Wissens und der hohen Meinung, die er von sich selbst hatte, herrschte Nechudloff gerade ihm gegen die Regierung seiner Revolutionäre, der ebenfalls in jener unter dem Durchdringungsbilde stehen, in dem Milieu, in dem sie sich befanden, nur Unheil anrichten konnten. Er erkannte an daß Nowodmoff dem geistigen Standpunkte aus besser begabt war, als der Durchdringung der Revolutionäre, doch er fühlte, daß seine Gerechtigkeit und seine Selbstliebe, die sich unter die Fahnen seiner Lebensverhältnisse so hochgradig entwickelt, seine Intelligenz seit langer Zeit lahmelget hatten.
Die ganze revolutionäre Tätigkeit Nowodmoff's erlitten Nechudloff, obwohl er sie stets mit beredeten Worten zu rechtfertigen mußte, und ihnen die wunderbaren Motive verleiht, einzig und allein als der Ausfluß des Unvermögens, der nur auf dem Grunde, zu herrschen und sich eine Machtstellung zu ver-schaffen, beruhte.
Da er eine außerordentliche Fähigkeit besaß, sich die Gedanken anderer Menschen anzuweisen und sie klar zum Ausdruck zu bringen, so hatte ihn Nowodmoff zuerst in den Kreisen, in denen diese Fähigkeit ganz besonders geschätzt wird, mitleidlos die Be-wunderung erwecken lassen. Auf dem Gymnasium, dann auf der Universität hatten seine Lehrer und seine Mitbürger seiner Überlegenheit Achtung gezollt, und er hatte sich vollständig be-friedigt gefühlt. Doch als diese Situation nach Beendigung seiner Studien ein Ende genommen hatte, hatte er sich dem ent-zündlichen können, darauf zu verzichten, und — von neuem wieder in einer anderen Sphäre zu herrschen, hatte er plötzlich

Die Wohnungsverhältnisse der Arbeiter

in Halle a. S.

Resultate einer am 31. August und 2. September 1900 vom Sozialdemokratischen Verein für Halle und den Saalkreis veranstalteten Erhebung.

Im Auftrag des Vorstandes bearbeitet von Wilhelm Siewnta.

III. Art und Umfang der Erhebung.

Nach der gegebenen Definition des Begriffes Wohnungsnot konnte von vornherein über die Hauptaufgabe der Erhebung kein Zweifel sein. Es galt in erster Linie zu erfahren, ob die Arbeiterwohnungen von Halle der Grundförderung der Hygiene entsprechen und wenn nicht, in welchem Verhältnis sie zu derselben stehen. Im zweiten Sinne oblag dem Verein allerdings auch die Aufgabe, den Grad der Wohnungsnot verschärfenden Ursachen festzustellen, also zu erforschen, wie die Wohnungen in Bezug auf bauliche Mängel beschaffen sind, ob ein großer Prozentsatz feucht ist, wie es mit der Heizbarkeit der Räume steht, ob eine große Anzahl Mieter zum Übermieten von Räumen gezwungen sei, wie die Wohnverhältnisse beschaffen sind, ob die Wohnungsmieter dadurch verdrängt wird, daß in einem großen Prozentsatz der Wohnungen gewerbliche Arbeit verrichtet wird u. s. w. Schließlich, welcher Mietszins bezahlt werden muß und wie das Verhältnis desselben zu den gemieteten Räumen beschaffen ist.

Beschränkung war bei der Vornahme der Erhebung ein Gebot der Notwendigkeit. Der Verein durfte seine Kräfte nicht überspannen, sich nicht allzu viel vornehmen, wollte er den Erfolg seines Wertes nicht gefährden. Diese Beschränkung mußte schon bei der Festsetzung des Fragebogens geübt werden. Eine ganze Reihe geäußelter Wünsche und Fragen konnten, obwohl die Kommission von ihrer großen Wichtigkeit überzeugt war, nicht berücksichtigt werden. So wäre es, um die Wohnverhältnisse der Wohnungen zu ermitteln, notwendig gewesen, die Zahl der Fenster festzustellen, um einen Einblick in die Raumverhältnisse der Familien nach der stichtischen Seite hin zu gewinnen, zu erfahren, wie viel Betten den Familienangehörigen zur Verfügung stehen u. s. w. Schließlich als eines der wichtigsten Momente, wie das Verhältnis des aufzuwendenden Mietspreises zum Jahreseinkommen des Mieters beschaffen ist. So leidet es der Kommission that, es war unmöglich, dem Fragebogen eine solche Ausdehnung zu geben, sollte der Erfolg der Arbeit, die ja doch nach ihrer technischen Seite in jeder Beziehung ein Sprung ins Neue war, nicht illusorisch gemacht werden. Die Frage nach unermieteten Wohnungen erübrigte sich, da darüber die alljährlichen Veröffentlichungen des Magistrats Auskunft geben. Nach längerer Beratung erhielt der Fragebogen schließlich die folgende Fassung:

Fragebogen über Wohnungs-Verhältnisse

in der Stadt Halle und den eingemeindeten Vororten.

In die Einwohnerverhältnisse von Halle wird hiermit das höchste Interesse gerichtet, zur Aufstellung der Wohnungsverhältnisse unserer Stadt hülfreiche Hand leisten zu wollen. Je mehr Halle Großstadt wird, muß auch das Augenmerk seiner Bewohner im eigenen Interesse darauf gerichtet sein, die Wohnungsverhältnisse der Neuzustiedelnden zu gestalten, bestehende Schäden aufzuheben und gesundheitsbewußte Angelegenheiten der Beseitigung näherzubringen. Dielem Zweck soll die Beantwortung untenstehender Fragen dienen und hoffen wir, daß uns die Unterstützung zu teil wird, die jeder Einzelstädter nur wünschen kann. Namen werden selbstverständlich der Öffentlichkeit nicht übergeben. Es wird gebeten, die Fragen recht genau zu beantworten. E. V. f. S. u. d. S.

Strasse Nr. Wohnung

Verdachtsnummer

Name: Etand: Welches Stockwerk?

Wie viel Wohnräume hat die Wohnung? Stuben: Kammern:

Wie viel Räume sind davon beheizt?

Wie hoch ist insgesamt die Kopfzahl der Familie (Mann, Frau, Kinder)?

Wohnen auch Unverwandte mit in den Räumen und wie viel? Ist abvermietet? Wie viel möblierte Zimmer? Wie viel Schlafplätze?

Größe der Räume (Länge, Breite, Höhe):

Ist der Abort an der Wohnung? Im Treppenhaus? Im Hof?

Wieviel andere Familien benutzen Sie denselben?

Wird gewerbliche Arbeit in der Wohnung verrichtet? Welche?

Wie hoch beläuft sich der Gesamt-Mietszins einschließlich Wasser- und Kohle?

Wie viel davon wird als Wasserzins gerechnet?

Sat der Mieter außerdem noch andere Abgaben (für Wasser, Haus-, Treppenboden-Verbrauch und dergl.) an den Hauswirt zu entrichten?

Sat die Wohnung Mängel betr. Schwamm, Risse etc.

Über hat die Kosten für Renovierung der Wohnung zu tragen?

Weitere Bemerkungen des Antwortgebers?

Aus den oben angegebenen Gründen mußte auch in Bezug auf die Zahl der auszugehenden Fragebogen Beschränkung geübt werden; in Höchstzahl durfte die 1200 betragen. Es konnte deshalb nur aus jedem der sieben Volksbezirke eine Straße in die Erhebung einbezogen werden. Ursprünglich war geplant, aus jedem Bezirk zwei Straßen zu wählen, eine mehr schlichte und eine mit besseren Wohnungen. Da dies jedoch die Ausgabe von rund doppelt so viel Fragebogen notwendig gemacht hätte, mußte der Plan fallen gelassen werden. Es wurde aus jedem Volksbezirk die Straße gewählt, von der die Kommissionsmitglieder sich glauben überzeugt zu haben, daß sie sich in Bezug auf die Arbeiterwohnungsverhältnisse in der Mitte hielt; die Kommission entschied sich schließlich für die bereits in der Einleitung genannten.

Die Pfännerhöhe, im äußersten Süden gelegen, ist eine verhältnismäßig neue Straße, die Glauchaerstraße dagegen, die sich an dem Laufe der Sülzstraße im Südwesten der Stadt entlang zieht, hat fast durchweg Häuser älteren Datums. Dasselbe ist der Fall bei dem im Zentrum gelegenen Grafenweg und der Kellnerstraße. Zu der im Osten gelegenen Anhalterstraße, der Leisingstraße im Norden und der Wachen Brunnenstraße in dem eingemeindeten Vororte Obeliskstein dagegen sind fast durchweg in den letzten Jahrzehnten erbaute Häuser. Von der Leisingstraße wurden nur 24 Häuser — die Hälfte — einbezogen, weil es sich durchweg

um Neubauten handelt, die eine große Verschiedenheit nicht aufweisen.

Die Feldstraße ist ein sehr tief gelegener Häuserkomplex im Norden der Stadt, an dem sogenannten Faltenberge. Die Häuser machen sich sämtlich einen baufälligen Eindruck und lassen die Summe von Rot und Glend, Unglück undummer ahnen, die in ihnen aufgehäuft ist. Die Erforschung der Wohnungsverhältnisse dieser Straße konnte von allgemeiner Beseitigung nicht sein, obwohl von den Straßen Gales mit Wichtigkeit eine Angabe zu nennen wären, deren Wohnungsverhältnisse ebenfalls sehr wichtig sind, wie diejenigen dieser Straße. Die aus der Erhebung in der Feldstraße gewonnenen Resultate werden bei der allgemeinen Würdigung der Arbeiter-Wohnungsverhältnisse in Halle keine Berücksichtigung finden; sie werden dem Gegenstand einer separaten Darlegung bilden.

Aus dem Dargelegten geht hervor, daß es dem Sozialdemokratischen Verein lediglich um die Feststellung der Wahrheit zu thun war. Die Kommission hat mit peinlicher Gewissenhaftigkeit jeden Einfluß nach allen Seiten erzwogen, um dem Einwand, die Enquete sei ein „tendenziöses, sozialdemokratisches Machwerk“, der ja von einer gewissen Seite bereits erhoben worden ist, die die Aufnahme der Enquete nicht für sich ging, von vornherein die Spitze abzurufen. Mit derselben Gewissenhaftigkeit wurde auch bei der Erhebung selbst und der Bearbeitung der Resultate verfahren.

Den Mietern wurde bei der Ueberbringung des Fragebogens ein Flugblatt folgenden Inhalts überreicht:

An die Einwohnerverhältnisse von Halle!

Die in untrübe Stadt herrschende Wohnungsnot schreit zum Himmel und hat schon fast 300 Familien müde gemacht. In 1. Juli in der Cholera-Parade untergebracht werden, weil keine Wohnungen zu finden waren. Der unterzeichnete Verein hat sich schon alle Mühe gegeben, die Öffentlichkeit auf die furchtbare Miere aufmerksam zu machen, die sozialdemokratischen Kreise haben versucht, die Stadtverwaltung um Beseitigung dieses unheilvollen Zustandes zu veranlassen. Bis jetzt ohne Erfolg. Es ist nötig, Zahlen sprechen zu lassen.

Deshalb entschloß sich der Verein zur Vornahme einer Erhebung. Der Ihnen heute überbrachte Fragebogen soll uns ermöglichen, durch die Kenntnis von Zahlen das Gemessen des Magistrats und der Stadtverordneten aufzurufen, die die Worte, ohne Eindruck zu machen, an ihnen vorübergegangen sind.

Wir bitten Sie, den Fragebogen gewissenhaft ausfüllen zu wollen. Am Sonntag vormittag wird der Ueberbringer für wieder abholen in der Zahl der Zahlen das Gemessen des Magistrats und der Stadtverordneten aufzurufen, die die Worte, ohne Eindruck zu machen, an ihnen vorübergegangen sind.

Wir verfolgen mit der Erhebung keinen parteipolitischen Zweck, wir wollen lediglich den Namen und den Namen der Familien, die die Zahlen füllen auf Kosten der Gesundheit und der Gesundheit der Arbeiter.

Der Name wird streng geheim gehalten!

Wir bitten Sie, rüchloslich, ohne jede Verschönerung die Fragen zu beantworten.

Wenn es sich um das Wohl des Volkes handelt, müssen alle Rücksichten schwinden!

Sozialdemokr. Verein für Halle und den Saalkreis.

Außerdem gab der Ueberbringer des Fragebogens da, wo es möglich war, noch mündliche Auskunft über den Zweck der Erhebung und Anleitung für die Ausfüllung. Zum Zwecke der Anleitung war den an der Erhebung Beteiligten die Ausfüllung des Fragebogens an der Hand eines Muster-exemplars in einer einige Tage vorher erfolgten Zusammenkunft erklärt worden.

Für jede der acht Straßen bestimmte die Kommission ein Kolal, von dem aus am 2. September 1900 das Einholen der Fragebogen geleitet wurde. Die mit der Leitung betrauten Vereinsmitglieder saßen darauf, daß in jedem Falle, wo der Fragebogen Nichten oder Ungelegenheiten in der Ausfüllung aufwies, sofort eine Nachherhebung vorgenommen wurde. Wo dies infolge abwesenden Verhaltens der Mieter oder des Hauswirts nicht möglich war, erfolgte die Ausfüllung des Fragebogens.

Das Resultat war in Bezug auf das Verhältnis der eingeleiteten Fragebogen zu den ausgegebenen ein sehr günstiges: Es kamen insgesamt 1184 Fragebogen zur Ausgabe, die an der Hand des Fragebogens für 1900 von Vereinsmitgliedern vorgelegt mit dem Namen der Mieter versehen worden waren. Zurzeit sind davon etwa 1100, von denen dann bei der Bearbeitung 300 ausgegeben werden müssen, weil die Mieter entweder die Ausfüllung verweigert oder ungenau vorgenommen hatten und in dem letzteren Falle eine Nachherhebung sich nicht vornehmen ließ.

Die Art und Weise der Bearbeitung des gewonnenen Materials ist aus der nachfolgenden Veröffentlichung der Resultate ohne weiteres ersichtlich; sie bedarf keiner Erklärung. Der Arbeiter hat das Material jeder Straße separat in sich abgeschlossenen zusammengefaßt, ehe er eine Gesamtdarstellung der gewonnenen Resultate und zu Schlussfolgerungen schritt. Er that dies einmal, um sich selbst die Arbeit etwas zu erleichtern, das andere Mal, um die Sache übersichtlicher zu gestalten und Zweifeln eine eventuelle Kontrolle ohne Schwierigkeiten zu ermöglichen.

Deutscher Reichstag.

31. Sitzung, Mittwoch, den 23. Januar, 1 Uhr.

Vom Bundesratlich: Reichszanzler Graf v. Bülow.

Präsident Graf Ballesfirem:

Die Sitzung ist eröffnet.

Reichszanzler Graf von Bülow:

M. S. 1. Nach 63-jähriger Regierung ist Ihre Majestät die Königin Viktoria von England im 82. Lebensjahre zur ewigen Ruhe eingegangen. Während ihrer langen Regierungszeit ist Königin Viktoria immer befreundet gewesen, ein friedliches und freundschaftliches Verhältnis zwischen Deutschland und England zu pflegen. Nicht nur die vielen verwandtschaftlichen Beziehungen, sondern auch die mannigfachen wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Interessen, welche Deutschland und England verbinden lassen und allseitigen Nutzen bringen, an der Trauer bei dem britischen Volke um seine erlauchteste Herrscherin. Ich bin gewiß, daß ich mich mit den Empfindungen dieses hohen

Hauses begeben, wenn ich dieser Teilnahme hier Ausdruck verleihen.

Präsident Graf Ballesfirem:

Am Anschluß an die Trauerbotschaft, welche uns soden der Herr Reichszanzler mitgeteilt hat, nehmen auch wir teil an dieser tiefergreifenden Trauer und ich konstatiere, daß der Reichstag das Gedächtnis der erhabenen verstorbenen Herrin liebt in hohen Ehren halten wird und an der Trauer herzlichsten Anteil nimmt. Ich bitte mich zu ermahnen, diese Trauerbeweise dem Reichstag und ihrer Majestät der Königin Friedrich im Namen des Reichstages auszusprechen. Ich stelle dies als Beweismittel des Reichstages fest.

Auf der Tagesordnung stehen Anträge der Abg. Dr. Gieber und Gen. und der Abg. Schrader (Frei. Vdg.) und Hart. Ebd. Wp. auf Einsetzung einer Kommission, bestehend aus Mitgliedern des Reichstages und anderen in der Wohnungsfrage thätigen Männern, welche eine Prüfung der bestehenden Wohnungsverhältnisse vorzunehmen hat, über das Ergebnis der Verhältnisse Bericht zu erstatten und Vorschläge darüber zu machen hat, in welcher Weise ein Einsetzen des Reiches und der Kommunen zur Beseitigung der Wohnungsnot anzusetzen.

Ein Antrag Albrecht (Zsg) und Gen. fordert von den verbündeten Regierungen baldige Vorlage eines Geleitenkriteriums, Regelung des Wohnungsweises, insbesondere Normativbestimmungen bezüglich der Befindlichkeit der Wohnungen und der Einwirkung der Wohnungsinpektion sowie Schaffung eines Reichswohnungsamtes.

Zur Begründung seines Antrages erhalt das Wort

Abg. Dr. Gieber (natl.):

Unter der Wohnungsnot haben die Arbeiter und kleinen Beamten am meisten zu leiden. Die Arbeiter sind gezwungen, immer weiter weg von der Arbeitstätte zu wohnen und dadurch wird ihnen ihre Erholungszeit erheblich gekürzt. Besonders tragt ihr die Wohnungsnot in den letzten Monaten in Berlin aufgetreten, wo ganze Familien auf die Straße gemorren waren. Einzelne Staaten haben bereits Mittel zum Bau von kleinen Wohnungen bewilligt, ebenso viele Gemeinden. Aber die einseitigste und konstante Fortsetzung hat ihre Grenzen, und deshalb muß das Reich sich dieser wichtigen Materie annehmen. Worte sind über diese Frage genug gewandelt, wir wollen nun endlich Thaten sehen. Die Kompetenz des Reiches kann nicht angezweifelt werden. Eine Beschränkung der Freizügigkeit fürchten wir nicht daraus, wenn das Reich die Wohnungsinpektion in die Hand nimmt. Schematismen werden uns unsere Hand zur Beschränkung der Freizügigkeit niemals bieten.

Abg. Schmidt-Frankfurt (Zsg.):

Die Wohnungsnot hängt zusammen mit den gegenwärtigen Grundbesitzverhältnissen und kann daher erst in einer anderen Gesellschaftsordnung endgültig beseitigt werden. Trotzdem bringen wir schon jetzt darauf, daß möglichst viel zur Verringerung der Wohnungsnot geschieht. In der Wohnungsnot ist schon einmal der große Wohnungsmangel und zweitens die Mangelhaftigkeit der vorhandenen Wohnungen. Der Wohnungsmangel ist nicht allein durch die Umwandlung der Industrie sondern auch zum großen Teil dadurch verursacht, daß nicht genügend für den Ersatz niedrigerer Wohnwohnungen gesorgt wird und daß das Bauen neuer Wohnungen zur Bewohnbarkeit überlassen wird. Ueber die in den letzten Jahren in den Wohnungen hat der Frankfurter Mieterverein 1887 eine Untersuchung angelegt, die ein sehr trauriges Bild ergeben hat. Nicht und Wohnverhältnisse erweisen sich als sehr ungenügend. Auch auf den Ersatz niedrigerer Wohnwohnungen ist nicht genügend beachtet. Besonders schlimm sind die Zustände im Osten und hierdurch wird nicht zum kleinsten Teil das Fortwachen der ländlichen Arbeiter nach den großen Städten bedingt. — Freier h. v. d. Weis in Strassburg hat in seiner Schrift zur Wohnungsfrage nachgewiesen, daß nur in ganz wenigen Bundesstaaten jetzt bestimmte Wege bezüglich der Wohnungsinpektion bestehen. Herr v. d. Weis kommt in seiner Schrift zu dem Ergebnis, daß nur das Reich auf diesem Gebiete Normativbestimmungen getroffen werden können. Das Reichswohnungsamt dürfte nicht inablenhaft sein, müsse aber die Forderungen enthalten, die mit Rücksicht auf die Volksgesundheit werden müssen. Die mit Rücksicht auf die Volksgesundheit werden müssen. Die mit Rücksicht auf die Volksgesundheit werden müssen.

Herr v. d. Weis verlangt neben einem Reichswohnungsamt eine Reichswohnungskommission, welche letztere zu einem Drittel von der Gemeindevertretung gewählt werden soll. Dagegen wenden wir uns entschieden, denn es würden dadurch Vorteile in die Kommission kommen, die sonst sonstiger Art sind und kein Interesse an der Verbesserung und Verschönerung der Wohnungen haben. Die Errichtung von billigen Wohnungen wird in erster Linie durch die Gemeinden bejagt werden und wenn die Gemeinden dazu nicht im Stande sind, durch Staatsmittel. Die Gemeinden müssen auch angehalten werden für entsprechende Mittel von den Wohnungsbewerbern zu beschaffen. Jedoch ist das Reich die Unterfertigung des Wohnungsweises in die Hand genommen, durch Anwendung von Darlehen aus den Bundesministerien. Diese Darlehen dürfen aber nur wirklich gemeinnützigen Unternehmungen gegeben werden. Daß die Unternehmung selbst für Wohnungen ihrer Arbeiter sorgen, halte ich nicht für sehr vorteilhaft. Denn dadurch kommen die Arbeiter allzu sehr in die Abhängigkeit der Unternehmung. Mit der Arbeit wird dann auch die Wohnung gekündigt und die Arbeiter geraten so in doppelte Not. Mit der Ordnung der Wohnungsverhältnisse muß auch eine Reform des Mietsrechts, des Mietsprozesses und der Pfandhaftigkeit in die Hand gehen. Das sind alles Dinge, die zur Kompetenz des Reiches gehören. Auch die Form des Entschlusses der Gemeinden macht eine Neuordnung erforderlich, vielleicht nach der „Ver Abies“, die jetzt probeweise in Frankfurt a. M. eingeführt werden soll. Die Hauptfrage ist, das Reich für diese Fragen zu interessieren. Es handelt sich hier um Kulturfragen von höchster Wichtigkeit, wertvoller und ausdauernder als unsere chinesischen Expeditionen. (Leb. Beifall b. d. Sed.)

Abg. Schrader (Frei. Volksp.):

begünstigt seinen Antrag. Die Wohnungsfrage ist eine Frage, in der alle Parteien einmütig vorgehen können. Ich hoffe, Graf Poldadowski wird uns heute über den Standpunkt der Regierung unterrichten, wenn die Regierung auch bisher auf unsere vorjährigen Beschlüsse nicht reagiert hat. Die Vorläge der Sozialdemokraten und der Nationalisten haben sich nicht erfüllt und wir müssen jedenfalls bestehende Wohnungsverhältnisse und die bereits eingeschlagenen Wege zur Verringerung der Wohnungsnot geprüft werden.

Staatssekretär Graf Poldadowski sieht folgende Erklärung ab: Der Herr Reichszanzler erkennt an, daß bei den Mißständen auf dem Gebiet des Wohnungsweises, besonders in den großen Industriezentren, Abhilfe auf gesetzlicher Grundlage wünschenswert erscheint. Da die zu ergreifenden Maßnahmen aber hauptsächlich auf dem Gebiet der kommunalen Verwaltung, des Eigentums und der Befugnisse liegen und auf diesen Gebieten die wichtigste Thätigkeit der Einzelstaaten liegt, so ist der Reichszanzler bei allem Einverständnis mit dem

Befreiungen zur Bekämpfung dieser Mängel durch die Anfertigung von staatsrechtlichen und administrativen Vorarbeiten, die einseitigen Verwaltung und Gesetzgebung erfolgreich gelöst werden kann. Die präventive Staatsregierung ist auf dem gleichen Standpunkte wie in Bezug auf die Befreiungen der Wohnungsberechtigten gestellt in die Wege zu leiten. Das Reich wird seinen Beamten zweckentsprechende und preiswürdige Wohnungen zu verschaffen suchen und die dafür bisher eingestellten Mittel in Zukunft noch vermehren. Auf dem Gebiete der Wohnungsökonomie wird die Einzelregierungen in technischer wie wissenschaftlicher Beziehung unterstützen und so geeignete Grundlagen für die gesetzgeberische Initiative schaffen.

Abg. Dr. Jäger (Str., auf der Erläuterung nicht verständlich)
 Ich damit einverstanden, daß die Einzelstaaten die Wohnungsfrage gesetzlich regeln sollen.

Abg. Schr. v. Niehoffen (Konf.):
 Die Wohnungsreform liegt wesentlich im Interesse der Gerechtigkeit. Vorzugsweise ist die Wohnungsreform auf dem Lande viel besser als in den Städten (sehr richtig) rechts. Wie schlimm die Wohnungsverhältnisse hingegen in den Städten liegen, ist ja bekannt, eine Galette ist hier kaum nötig. Bei der Abhilfe der Wohnungsnot darf nicht systematisch vorgegangen werden, sondern es muß auf die verschiedenartigen Verhältnisse in den einzelnen Gegenden Rücksicht genommen werden. (Sehr richtig) Das Reich muß in der Abhilfe dieser Wohnungsnot die Vorbildwirkung der Einzelstaaten und Kommunen dazu beitragen, daß die Verbesserung der bestehenden Zustände getan werden. (Bravo) rechts.

Abg. Stofmann (Str.):
 Wir sind der Meinung, daß das Reich wegen seines föderativen Charakters in dieser Frage nicht kompetent sei. Wir wollen anfangs für den Antrag Schröder stimmen, nach der Erklärung des Reichstages würde das aber wie eine Demonstration ausfallen, und wir werden deshalb die gesamten Anträge ablehnen. (Bravo) rechts.

Abg. Ertle (Soz.):
 In anderen Staaten ist in der zur Beratung stehenden Materie schon viel mehr geschehen. Eine rechtsgewöhnliche Regelung der Frage auch bei uns ist deshalb dringend notwendig, weil die baupolitischen Verhältnisse in den einzelnen deutschen Staaten außerordentlich verschieden sind. Nur in Sachen haben wir eine durchgreifende Baupolitische Ordnung, durch die der politische Willkür ein Riegel vorgeschoben ist. Unter solchen Umständen ist es dringend erforderlich, daß Normativbestimmungen getroffen werden und solche können nur vom Reich getroffen werden. Die Ausführung dieser Bestimmungen müßte genügend kontrolliert werden und deshalb verlangen wir eine Reichsbauaufsicht.

Was die einzelnen Mittel zur Abhilfe der Wohnungsnot betrifft, so glaube ich, daß die Selbsthilfe hier nicht genügt. Hier müssen Mittel des Staates und der Kommunen flüssig gemacht werden. Auch die Verpropagation aber kann nur geschehen, wenn der Staat helfend eingreift und daher bitte ich Sie, unsere Anträge anzunehmen. (Bravo) bei den Sozialdemokraten.

Abg. Schreyff (Konf.):
 Wir haben die Erklärung des Herrn Reichstanzlers mit hoher Befriedigung vernommen und wünschen nur, daß den schönen Worten nun auch Taten folgen. Die Wohnungsnot ist eine formidabile Frage. Die Zustände in Berlin sind der Reichshauptstadt unähnlich. (Sehr richtig) Rechts. Die Gründung eigener Arbeiterwohnbezirke ist nicht ein solches Schema, um dem Arbeiter Wohntun zu verschaffen. Wir müssen hier in die den von der Reichsregierung gesicherten Bahnen weiter gearbeitet werden. (Beifall) rechts.

Damit schließt die Diskussion. Den Antragsstellern stehen noch die Schlussworte zu, es wird aber kein Veraugens-Antrag angenommen.
 Nächste Sitzung am Donnerstag 1 Uhr. 1. Interpellation Gleditsch betr. die Förderung von Behinderten an polnisch gedruckte Adressen, 2. Kellern-Verordnung für die Chinarzweimaligen, 3. Fortsetzung der zweiten Beratung des Reichsanwalts des Schluß 5 1/2 Uhr.

32. Sitzung Donnerstag, den 24. Januar, 1 Uhr.
 Am Bundespräsidenten: Graf v. Fabozzini, v. Bobbelski.
 Auf der Tagesordnung steht zunächst eine

Interpellation

des Abg. v. Gleditsch (Vole) betreffend die Nichtförderung von Behinderten, weil sie politisch adressiert waren. Der Interpellant richtet an den Reichstanzler die Frage, welche Maßnahmen er zu treffen gedenkt, um für die Zukunft solchen Mißständen vorzubeugen.

Staatssekretär v. Bobbelski:

Der Herr Reichstanzler hat mich ermächtigt, die Interpellation sofort zu beantworten.

Abg. v. Gleditsch

begündet seine Interpellation unter Anführung einer großen Anzahl Fälle in denen Behinderten zurückgewiesen wurden, weil sie politisch adressiert waren. Die Erbitterung, die dieses Vorgehen in den politischen Kreisen erregt hat, ist um so größer, weil man genau weiß, daß die dortigen Beamten die politische Sprache sehr gut verstehen. Der Reichstag sollte doch dafür sorgen, daß solche Zustände nicht fortbauern.

Staatssekretär v. Bobbelski:

In diesem Fall hat die Prokolation ganz allein auf Seiten der politischen Bevölkerung gelegen. Der § 4 der Vorordnung enthält gegen die frühere Fassung nur den Unterschied, daß es jetzt heißt, daß die Briefe nur dann zu den Behörden zu gelangen sind. Weiter ist allgemein daran festgehalten, daß es notwendig ist, daß der deutsche Ort bei den Adressen steht. Von den gewöhnlichen Briefverbindungen, die dem Briefkasten anvertraut werden, sind zu unterscheiden die Verbindungen, für die die Reichspostverwaltung die Verantwortung trägt. Wenn sich auf solchen Verbindungen unbilligste Ausdrücke befinden, so können wir doch nicht verpflichtet sein, sie zu befördern. Ich habe nun früher nie etwas davon gemerkt, daß in den ständigen Leuten Deutschlands Schwierigkeiten eingetreten wären, bis am 13. Oktober vorigen Jahres in der Diarist Bojanski eine Aufforderung an die Leiter dieses Amtes erschien, die Briefen politisch zu schreiben. Die Post ist verpflichtet, sie zu befähigen. Wo es keine Beamten gäbe, die politisch könnten, müge die Postverwaltung welche hinsichtlich. Jetzt sind Sie nicht selbst heute an politisch zu schreiben, die früher nicht daran gedacht hatten, und wir würden mit einer Verdüftung polnischer Briefen übereinstimmen, die die meisten Beamten nicht entfangen können. Ergeben Sie sich demnach der Überzeugung, daß die Beamten keine Verzichtserklärung gegen die politische Adressierung erlassen. Das geht lo viel Beschwerden aufzuweisen, liegt nur an den politischen Agenturen.
 Es ist gefragt worden, warum nicht mehr polnische Beamten angestellt werden. Ich liege daran, daß die Beamten von der politischen Bevölkerung zu sehr beeinflusst werden. Eigentüm-

lich ist es, daß der Rufus im Streit den guten deutschen Namen nicht erntet (Große Geister).
 Wenn Sie mich fragen, wie die Adressen aussehen, so kann ich Ihnen nur sagen, daß sie den Charakter haben, daß sie die Adressen ohne Zusätze zu schreiben. Die Post hat früher keine Briefe zurückgewiesen, sie wird es auch weiterhin nicht thun, sofern die Adressen in Ihrer Weise eingeleitet wird. Veröffentlichung Sie bitte meine Rede in Ihren Blättern, so wird es in kurzer Zeit anders werden. (Bravo) bei den Demokraten.
 Auf Antrag des Abg. Schädler (Str.) findet Besprechung der Interpellation statt. Dagegen stimmen die Nationalliberalen und Konservativen.

Abg. Noeren (Str.):

Der Staatssekretär hat deutsche und rüdische Adressen gefordert, während hier gerade Beschwerde darüber geführt ist, daß klare und deutliche Adressen nur deshalb nicht für annehmbar erklärt sind, weil sie in polnischer Sprache geschrieben waren. Ob das Vorgehen der Polen provokatorisch war, weiß ich nicht, jedenfalls hätte der Staatssekretär den Beweis führen müssen, daß das Vorgehen der Postbehörde gesetzlich zulässig ist, und daß hat er nicht getan. (Sehr richtig) im Zentrum. Bisher hat die Post ihre Zurückweisung auch in Zeiten politischer Erregung begangen. Der Staatssekretär sollte den wahren Beamten doch zeigen, daß sie lediglich ihres Amtes zu walten und sich um politische Erörterungen nicht kümmern haben. (Sehr, Bravo) im Zentrum und bei den Polen.

Staatssekretär v. Bobbelski:

Der Vorredner wird mich zugehen, daß ich mich bei meinen Maßnahmen niemals von politischen Rücksichten habe leiten lassen. (Doch) l. b. Soz. Verleihen von Unterbeamten können natürlich vorkommen, wenn sie zu weiten Kenntnissen, sonderliche Sorge für die Adressen. Wir haben nicht angefangen (Geister) und werden es auch nicht thun, es kann aber auch nicht die Meinung des Hauses sein, daß der Verkehr erschwert werden darf. (Bravo) links.

Abg. Kunert (Soz.):

Ich wünschte nur, daß der Herr Staatssekretär die schönen Grundzüge, die er heute ausbrachte, auch in Taten umsetzte. Von einer milderen Tonart zu den Unterbeamten haben wir bisher nicht viel gehört. Unterbeamte sind gemeinergewöhnlich, weil sie gewöhnlich die Denominationen hatten. (Sehr richtig) bei den Sozialdemokraten. Die Anweisungen des Postministers sind im einzelnen nicht aufrecht zu erhalten. Wenn zu wenig Beamte vorhanden sind, die politisch können, dann hat die Behörde einhändig die Briefe, mehr Beamte anzustellen. Wertvollig hörte es sich aus dem Munde des Ministers an, daß seine Beamten auf dem Lande von der politischen Bevölkerung geliebt und geachtet werden. Wie ist es denn in Berlin? Die Behörde hat die Befugnisse, die man ihm in irgend einer Beziehung zur Regierung haben, daß sie Sozialdemokraten in ihrem Hause keine Wohnung geben. Wie der Herr Staatssekretär darstellt, befindet er sich im Stande der Abwehr. So liegt die Sache aber nicht. Wir haben auch von dem Staatssekretär nichts gehört, daß die Post eine neutrale Institution sein und bleiben soll, das müssen wir aber zum mindesten von ihm verlangen. Der Staatssekretär hat sich leider als Vorgesetzter seiner Untergebenen zum Helfershelfer der Polizei gemacht. Das ist eine furchtbare Blamage für das Deutsche Reich. (Sehr wahr) bei den Polen.
 Die Reichsbehörde hat die Möglichkeit, die Sondermaßnahmen gegen die politische Bevölkerung zu treffen. Das ist ein Kind in der großen Kette der Sondermaßnahmen gegen die Polen. Solchen Sondermaßnahmen begegnen wir auf Schritt und Tritt. Am meisten interessiert uns die Handhabung des Verfallensrechts, und ich frage den Reichstanzler, was er thun will, um das Verfallensrecht nicht in die Hände der unheimlich strengen sicher zu stellen. Es ist natürlich zu erheben nicht nur im Politischen, sondern auch in anderen Gebieten des preussischen Staates. (Zuruf: Zur Sache!) Ich frage durchgehend zur Sache; diese Dinge sind außerordentlich von erheblicher Bedeutung, wie jene polnischen Briefe. Wenn der größte Gegenstandlicher sagt, die Arbeiterkolonnen in Döhlstein seien schlechter als die Schweißarbeiten, so haben diese Arbeiter auch ein Recht, sich in ihrer Mutterzunge darüber zu unterhalten. (Zuruf: Wo! Post!) Wir betrogen die Chinesen, die sich doch nur gegen fremde Eindringlinge mahnen und wir selbst führen einen Krieg im eigenen Lande gegen deutsche Reichsangehörige. (Stürmische Ausrufe gegen: Zur Sache!)

Vizepräsident vom Frege:

Ich bitte den Herrn Abgeordneten bringen, zum Gegenstand der Interpellation zurückzuführen.

Abg. Kunert (Soz.) (fortfahrend):

An den Polen ist eines der schwersten, gemeinsten Verbrechen begangen worden, das die den Büren gegenüber in Südarrika geschieht, wo Sie es verurteilen. Mit Ausnahmegeleiten wird man die polnische Bevölkerung nie sabbu machen, denn Ausnahmegeleite helfen nur denjenigen, die man unterdrücken will. (Sehr richtig) bei den Soz.) Den Polen ein freilichliches Verfallensrecht und das Quallitätsrecht. Achte rechts: zur Sache, dann helfen Sie sich nur einer einzelnen Partei, sondern dem ganzen Volke, der Kultur und der Zivilisation! (Bravo) bei den Soz.)

Abg. Fürst Radziwili (Vole)

welkt den Vorschlag zurück, daß politische Agitation getrieben werden wäre. Sie seien nur die aufrichtigen Fürsprecher der Gefühle des polnischen Volkes.

Abg. Müller-Sagan (Str. Op.):

Auf die Genauigkeit der Adresse wird nicht immer so großes Gewicht gelegt. So ist z. B. ein Brief richtig angekommen, der die Adresse trug: Monsieur der Kaiser zu baden, Berlin, Oranienstraße 115. Der Reichspostverwaltung muß jede politische Agitation gleichgültig sein, zu gunsten der Sicherheit des Briefverkehrs. Auch den politischen Reichsangehörigen muß diese Sicherheit garantiert werden.

Staatssekretär v. Bobbelski

betont nochmals, daß es nicht lediglich auf die Deutlichkeit der Adressen ankommt, sondern auch darauf, daß alle Zusätze fortfallen.

Abg. Dr. von Dziembowski:

Ich konstatiere, daß seitens des Staatssekretärs eine Anordnung erlassen ist, wonach Briefe mit polnischer Adresse zurückzusenden sind. Im übrigen haben wir durch die Haltung aller Parteien dieses Hauses eine genügende moralische Genehmigung der Abwehr bei den Briefen. Wenn der Staatssekretär hat, wir sollten den Beamten seine Schwierigkeiten machen, so kann ich nur erwidern, daß die Beamten des Postamts wegen da sind, nicht das Publikum der Beamten wegen. Wir sollen Agitation treiben? Nicht wir haben provoziert, sondern wir sind provoziert worden, wir befinden uns hier ausnahmsweise in der Woche. (Geister) rechts. Den Post- und Gerichtsbehörden sollte die Postverordnungs verboten sein. (Sehr richtig) links. Von der Notwendigkeit von Abwehrmaßnahmen zu sprechen, ist nur eine Probe.
Abg. Staudt (Konf.):
 Herr Noeren scheint übersehen zu haben, daß der Staatssekretär nach seiner unabhängigen Bescheidung keine Verpflichtung erlassen hat, die zu den Beschwerden der Polen Anlaß gegeben hat. Auch die Vorwürfe des Abg. Dziembowski muß ich zurückweisen. Es bleiben nur wenige Fälle übrig, wo Anlaß zur Beschwerde vorliegt. Eine Reihe dieser Fälle wird vom Staatssekretär nicht untersucht. (Bravo) links.

Abg. Dr. Gattler (natlib.):
 Wir wollen die polnische Bevölkerung durchaus nicht von den Wohlthaten des deutschen Volkes ausschließen. Der Standpunkt, den der Postminister hier eingenommen hat, hält jeder Schritt fest. Die polnische Bevölkerung sollte nur ihre berechtigten Bedürfnisse nicht vernachlässigen und die Adressen deutlich schreiben. (Sehr richtig) l. b. Natlib. Aber in dem Verhalten der Polen liegt eben die Tendenz, das Deutsche zurückzubringen. Wir werden die Regierung in ihrem Kampf gegen das Vordringen der nationalpolnischen Bewegung nach Kräften unterstützen.

Abg. Dr. Rajzminski (Vole)
 behauptet, daß schon im August und September Fälle vorgekommen seien, wo Briefe mit polnischer Adresse als unbehaltbar behandelt wurden.

Staatssekretär v. Bobbelski
 bestreitet das.

Abg. Schreyff (Konf.):
 Die Herren Polen sollten doch nicht bereuen, daß sie überhaupt froh sein können, die Wohlthaten der deutschen Reichspost zu genießen. (Große Unruhe). Die polnischen Kinder genießen deutschen Schuttschutz und müssen daher später in der Lage sein, das Wort „Str.“ zu schreiben. Wenn sie das nicht, dann liegt eben Tendenz dahinter. (Sehr richtig) rechts. Vom nationalen Standpunkt weisen wir das Verlangen der Polen zurück. (Bravo) rechts.

Abg. Wunderlicher (Str.):
 hat volles Verständnis für die Klagen der Polen. Im Blick sei eine Postkarte nicht befördert worden, weil sie statt „Brau“ das Wort „Madame“ auf der Adresse hatte.

Abg. Kunert (Soz.):
 bemerkt gegenüber dem Vorredner, daß der geringe Erfolg des deutschen Unterrechts der polnischen Kinder, einfach dadurch zu erklären ist, daß 90 Prozent der Lehrer kein Polnisch und 90 Prozent der Kinder kein Deutsch verstehen.

Abg. Kaufmann-Wöhligen (Libd Volksk.):
 Die Neugierden des Herrn Schreyff waren sehr despektiert. (Bravo) links und bei den Polen. Die Stimmung der deutschen Kinder ist eben jenseitlich nicht zum Ausdruck gebracht. (Bravo) links.

Abg. Schreyff (Konf.):
 Die süddeutschen Demokraten sind allerdings anders gefinnt als die deutschen Sozialdemokraten, besonders unterscheiden sie sich in Punkte der Vaterlandslosigkeit von ihnen. (Große Unruhe) links.

Abg. Graf Balkestein:
 Wenn Sie den Vorwurf der Vaterlandslosigkeit gegen ein Mitglied des Hauses erhoben haben (Zuruf: Nein, nein) so würde das gegen die Achtung des Reichstages verstoßen. Damit schließt die Besprechung der Interpellation.

Abg. Graf Balkestein:
 Die erste Beratung des Gesetzes wegen Verfolgung der Teilnehmer an der Chinarzepition und ihrer Hinterbliebenen.
 (Der Reichstanzler tritt den Saal).

Abg. Graf Stolberg-Wernigerode (Konf.):

An den Redatoren der Vorlage ist darauf hingewiesen, daß zwar die Verurteilung der alten Inzolden nicht auszudehnen sei, die Chinarzweimaligen könnten aber nicht auf die Regelung dieser Angelegenheit verzichtet. Ja meine, die alten Inzolden können noch weniger warten als die jungen. (Sehr richtig) rechts. Wir wollen den Chinarzweimaligen bewilligen, was ihnen eine gründliche Reform der Inzoldenversicherung überhaupt herbeizuführen. (Bravo) rechts.

Reichstanzler Graf Bülow:
 Die Forderung, daß die in der Vorlage vorgeschlagenen erhaltenden Beschlüssen auch den Inzolden aus früheren Beschlüssen ausgehandelt werden, ist durchweg mit Bewußtsein. Ich werde deshalb ohne Beratung das Erforderliche veranlassen, um noch in diesem Jahre eine gleichmäßige Behandlung der Inzolden aus sämtlichen Beschlüssen herbeizuführen. (Sehrhafter Beifall)

Die Weiterberatung wird bis auf Freitag 1 Uhr vertagt. (Aukroden Fortsetzung der zweiten Beratung des Reichsanwalts des Schluß 5 1/2 Uhr.

Politisches und Gerichtliches.

§ Zu 4 Wochen Gefängnis wurde der Redakteur der Brandenburger Zeitung, Genosse Theile, verurteilt. Er hatte eine Notiz über angeblich schlechte Behandlung eines Arbeiters in einer Fabrik angenommen, wor über dann von seinen Zeugen im Strafgefangenen verurteilt.
§ Genosse Wolke vom Bochumer Volksklub wurde am 28. September wegen Verleumdung auf 9 Monaten Gefängnis verurteilt. Das Reichsgericht hat seine Revision verworfen.

Gewerkhaftliches.

Die Buchdrucker in Köln beschloßen in einer sehr zahlreichen besuchten Versammlung einstimmig eine Resolution, worin sie gegen die Heschonigkeit in der Druckerei der Königlich Preussischen Druckerei erhoben. Das man in das Geschäft tretenden Gesellen einen Schaden verurteilt, worin sie durch ihre Unterdienstliche bezeichnen müssen, daß sie nicht dem Verband der deutlichen Buchdrucker angehören. Die Resolution besagt, daß diese Praxis als verwerflich und den Bestimmungen der Gewerkeordnung betreffend die Quallitätsfreiheit widerbrechend. Die Versammlung hielt in dem Verfahren der Firma Dr. Wöhligen-Schauberg einen ungebührlichen Zorn und die Gefahr, daß die um Arbeit vordringenden Gesellen zur Gewerke beizutreten werden, und er erwartete daher die Beilegung dieser Praxis.
Die Wohnbevölkerung der Reiziger Wandbilder im vorigen Herbst hat insgesamt 54409,92 Mt. gefolgt. Davon entfallen 2898 Mt. auf die Strafverurteilung. Da der größte Teil der Strafsüchtigen in Akford arbeitet, hat der Staat ein Arbeitslohn nur scheidungswerte auf etwa 1000 bis 1100 Mt. und zwar bei den Arbeitern auf etwa 7200 bis 7800 Mt. und bei den Arbeiterinnen auf etwa 3000 bis 3200 Mt. beizutreten.

Ausland.

Frankreich. Ein Grubenarbeitersausstand ist in Montcaules-Mines im Departement Saone-et-Loire ausgebrochen. Die Zahl der ausländigen Bergarbeiter betragt etwa 10000, den für achtungswürdigen Teil soll zufolge Befehlen dort zur Aufrechterhaltung der Ordnung bereits 3000 Soldaten.

Strafsaal.

Gewerkschafter.
 Halle a. S. 28. Januar.
 Wegen Gehirnerkrankung angefaßt war der Brüdermeister und Brüdendächter Karl Räder von hier, der das Verleg vom 20. März 1887 ertübtet haben sollte, weil er eines Tages von dem Friedrichsauerbaummann in Siebighausen, einem Beamten, Briedengel erhoben hatte. Das Gehirngesicht als erste Zeugnis war der Meinung, daß Angeklagter im

Viele Frauen sind leidend,

ohne zu ahnen, daß ihr Zustand auf den fortgesetzten Genuß von Bohnenkaffee und Thee zurückzuführen ist. Hier tritt Kaffreiners Malzkaffee rettend ein. Er kommt im Geschmack dem Bohnenkaffee nahe, ohne dessen schädliche Wirkung zu besitzen.

Stadt-Theater in Halle a. S.

Direktion: M. Richards.
Sonnabend den 26. Januar 1901
abends 7 1/2 Uhr
132. Vorst. im F. A. 44. Vorst. aus Abonn.
4. Viertel.
Festspiel des Königl. Hofopernsängers
Paul Knäuper von der tgl. Hofoper
in Weimar.
Die Hochzeit des Figaro.
Kom. Oper in 4 Akten v. W. A. Mozart.

Sonntag den 27. Januar 1901
nachmittags 3 1/2 Uhr
81. Fremden-Vorst. bei kleinen Preisen:
Die Fledermaus.

Operette in 3 Akten von J. Strauß.
Abends 7 1/2 Uhr
133. Vorst. im F. A. 45. Vorst. aus Abonn.
1. Viertel.
Topf und Schwert.

Auffspiel in 5 Aufzügen von K. Gutzkow.
Herauf:
Kavallerie rufficana.
Oper in 1 Akt von V. Mascagni.

Thalia-Theater.

Sonnabend: zum 26. Male:
Die Dame von Maxim.
Sonntag den 27. Januar
Doppel-Vorstellung bei einfachen Preisen.

Walhalla-Theater.

Direktion: Richard Hubert.
Neuer Spielplan.

Herr **Karl Baron**, mit seiner Gruppe dreier Rautiere (Barabie).
— **The 3 Keziah's**, Bravour-Gaut-Abtrümmeln aus silbernen Leitern.
— **Mr. Manuel Woodson**, Blümenisch.
— **Mr. Max Poretta**, multitalentig-geräuschiger Clown mit seinem multitalentigen Elephanten „Jumbo“.
— Herr **Georg Hartmann**, Zaubermeister und Illusionist.
— **Gräfin Fanny Fernedel**, internationale Sängerin.
— **Fräulein Marie Wender**, Gesangs- u. Charakter-Soubrette.
— Herr **Bernhard Marx**, Original-Gesangs- und Charakter-Comorist.
— **Jules Greenbaum's** Amerikanischer Bioskop mit durchweg neuen sensationellen lebenden Photographien.
Beginn 8 Uhr. Ende gegen 11 Uhr.

Apollo-Theater.

Direktion: Fr. Wiehe.
Neuer Spielplan!

Mr. H. Tourne
Der wirklich Unfehlbare.
Bereit sich aus den schwersten
Polizeifellen.
Mr. Tourne's neueste Mission:
China-Wunder.

Fidardi-T. 10, prolongiert. Neue
Tricks. Saltomortallsprünge des Vogels.
— **Lucre Fernando**, Soubrette.
— **Marry Fey**, brill. Gedächtnisfünflerin.
— **Irena Rosal**, Königer-Sängerin.
— **Lucret Rainelli**, Karikaturen- und Schnell-
zeichner. — **Pissaro u. Fey**, Instrumental-Virtuosin. — **Max Reichert**,
Charakter-Comorist. — **Leo Morley**,
lebende Photographien.
Anfang 8 Uhr. Ende gegen 11 Uhr.

Montag den 4. Februar
großer Elite-Masken-Ball
mit Prämierung und interessanten
Ueberräuschungen.

Sonntag den 27. Januar nach der
Vorstellung
Tanz-Kränzchen.
Für die Besucher frei.

Apollo-Theater

Weissenfels.
Täglich abends 8 Uhr
große
Spezialitäten-Vorstellung.
Auftritte von nur Kunstkräften
1. Rang.

Die Direktion.

Meiers Restauration, Zeitz,
Leipzigerstraße.
Sonnabend den 26. Januar ladet zum
Kaffeekränzchen
freundlichst ein
Rudolf Meier.

In meinem Inventar-

Ausverkauf

Kommen die Restbestände der Winter-Kollektion zu folgenden Preisen zum Verkauf:

Jackets , bisher 4—15 Mk.	jetzt 2—6 Mk.
„ bisher 16—30 Mk.	„ 7—15 „
Badmäntel , bisher 7—50 Mk.	„ 4 1/2—20 „
Capes , bisher 8—20 Mk.	„ 8 1/2—10 „
„ bisher 21—50 Mk.	„ 11—25 „
Frauenmäntel , bisher 25—30 Mk.	„ 12—18 „

Die schon eingetroffenen Frühjahrs-Neuheiten:

Golf-Capes, Kragen, Staubmäntel Konfirmanden-Kragen, Konfirmanden-Jackets

werden ebenfalls zu Inventur-Preisen spottbillig verkauft.

M. Schneider

Streng reelle Bedienung. **Halle a. S.** 94 Leipzigerstraße 94.

1. Halle'sche Fahrradbahn, Werseburgerstraße 30/31.

Sonnabend den 26. Januar er.
in dem prachtvoll decorierten 400 qm großen Ball- und Konzert-Saal
grosser Elite-Maskenball.
Ballmusik von 2 Musik-Kapellen.
Demaßierung 1/2 11 Uhr. Die 3 schönsten Masken erhalten kostbare Preise.
Serrenuasfen 1 W. Zischauer 25 W. Aug. Hinz.
Eintrittspreise sind vorher im Vorkauf zu haben.

„Roter Adler“, Trotha.

Zum Maskenball d. Trothaer Turnvereins
ladet ergebenst ein
Der Vorstand.

Blauer Stern, Theissen.

Zum Ball des Gesangsvereins Arbeiter-Sänger-Chor, Theissen,
Sonnabend den 27. Januar empfehle
Speisen und H. Oettler Lagerbier.
H. Trautmann.

Letzte grosse Auktion.

Sonnabend den 26. Januar vorm. 10 Uhr kommen
**Manufaktur-, Woll-, Porzellan-
und Glassachen**
vom Perlinsky'schen Waren-Lager zur Ver-
steigerung.
Ging. Kl. Ulrichstr. 22 (Aden).
Die Ladeneinrichtung ist sehr billig zu verkaufen.

Restaurant Bernh. Schindler, Zeitz.

Sonnabend, Sonntag und
Montag d. 26., 27. u. 28. Jan.
großes
Bockbier-Fest.
Urfeldes müßtal. Unterhaltung.
Um freundl. Besuch bitten
D. O.

Tabellclavier für Anfänger verkauft
billig Rubaste 3. Hof-
leihen

Franziskaner Keller,

Zeitz.
Boim 25.—27. Jan. 1901
gr. Bockbier-Fest.
Täglich Unterhaltungsmusik
fr. Bodwürste. Nettig und Mügen
gratis.
Wierzu ladet erg. ein **H. Kahn.**
Elegante Dam. maschen zu ver-
leihen
Kobestr. 18. part.

Krankenkassen.

Zugelassen zu dem Verband freier
Geldkassen.
Aug. Albrecht, Naturheilkundiger,
Eprechtstr. 8—12, 2—4 Uhr.
Salle-Giebichenstein, Friedenstr. 28.

18 Geißestraße 18.

Thüringer Sülze
a. Bld. 40 Bld.
H. Dobberstein
1 Alter Markt 1.

Kartoffelhandlung

Job. Nitschke, Kl. Sandberg
empfeilt nur prima Ware zu Tages-
preisen im einzelnen und in größeren
Posten.

Kl. Sandberg 17.

Bestellungen werden auch Tpo-
massenstraße 4 entgegengenommen.

Brautleuten

empfehle
kompl. gediegene Einrichtungen
von 145 W. an.
Elegante Einrichtungen
200, 250, 300, 350, 400—5000 Wt.
Langjährige Garantie.
Julius Rosenberg,
nur Gr. Ulrichstr. 54, 1.

Hochfeine Fleisch- und Wurst-Waren

empfeilt
L. Kyritz,
Hochschlächterei,
Gerrenstraße 25.

Freundlicher Laden mit oder ohne
Wohnung zu jedem Geschäft passend
vom 1. April zu beziehen, vermietet
R. Thurn,
Glauchauerstraße Nr. 79.

Nur noch ganz kurze Zeit.

Der Circus ist gut geheizt.

Circus Aug. Krombsor,
Halle a. S. Rosaplatz.
Seute Freitag den 25. Januar
abends 8 Uhr

Extra-Vorstellung

zu ermäßigten Preisen.
Zum Schluß 3. Male: „Dora“,
gr. Ausstattungs-Pantomime.
Morgen Sonnabend abds. 8 Uhr
große Vorstellung
und letzte Aufführung von Dora.
Sonntag abends 8 Uhr
unwiderkrißlich 3. letzten Male:
„Dora“.

Zum letzten Dreier.

Sonnabend den 27. Januar abends 8 Uhr
Familienkränzchen.
Wierzu ladet ein **Wilib. Hinz.**

Graß Mittelmanns Restaur., Zuggerhagenstr.

Sonnabend den 27. Januar
erster grosser
Narren-Abend.
Abends 8 Uhr

Verlosung

1. Gewinn 1 Uhr, 2. Gewinn 1 Flasche
Wein, 3. Gewinn 1 Buch.
Narren-Abend gratis.
fr. selbstgebackene Pfannkuchen.
Wierzu ladet ergebenst ein
Der Obige.

Rosches Restaur.

Kellnerstr. 7
Sonnabend den 26. Januar
Narrenabend

Restaur. „Saalethal“.

Sonnabend d. 26. u. Sonntag d. 27. Jan.
Narren-Abend,
wozu freundl. einladet **Herm. Thiel.**

Restaurant Richard Brummann,

Reit, Bahnhoffstr. 2.
Freitag, Sonnabend, Sonntag
und Montag den 25., 26.,
27. und 28. Januar
Bockbier-Fest.
Hoch. Bodwürstchen.
Mügen und Nettig gratis.
Wierzu ladet freundl. ein
H. R. Rossmann.
3. B. Franz Gerth.

Sonnabend Schlachte-Fest.

Wiegärten 22.

Sonnabend Schlachte-Fest.

K. Silberberg,
Treffstraße 37.

Sonnabend gr. Schlachte-Fest.

Adolf Wack-rnacel,
Witor Schaeffelfstraße 3.

Sonnabend Schlachte-Fest.

R. Kaiser,
Giechendorffstraße 26.
Laden im Hofe rechts.

Sonnabend Schlachte-Fest.

Blumenthalstraße 27.

ff. Ropfleisch, in Ware

besteht **Herm. Böblers**, Reil-
straße 126 und E. Amiedstraße 37.
Ela. Mastenl. verth. Gr. Ulrichstr. 63 III.
Ein harter Sandwagen für Pferd
2 Rinde zu best. Preisen d. 13. Restaur.

Behring ladet
F. Reinkmann, Vöckemeister,
Deltisch, Giechendorffstraße 20.
Barbier- und Friseurlehrling
ladet **Paul Böttcher**, Triefstraße 37.
Anst. Schloff. 3. v. Wilhelmstr. 4, S. I.

Verlag und für die Inserate verantwortlich: August Groß. — Druck der Halle'schen Genossenschafts-Buchdruckerei (E. G. u. M. S.) Halle a. S.